Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.
Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7369.

Telephon-Nr. 1047 — **Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.** — Telephon-Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: **Volksblatt Hallesaale.**

Nr. 220 — Halle a. S., Dienstag den 21. September 1897. — **8. Jahrg**

Was kosten die Manöver?

Diese Frage beantwortet die Frankf. Ztg. wie folgt: Nach Beendigung der großen Manöver drängt sich die Frage auf, was sie wohl gekostet haben mögen. Wir können die Kosten der Verpflegung, Einquartierung, der Zulagen an die Offiziere und Mannschaften, die Ausgaben für Munition, Errichtung der Magazine, Schlächtereien, Feldbäckereien u. s. w. nicht genau berechnen. Die Summen gehen in die Millionen. Die Zahl der zum Manöver mit der Bahn beförderten Mannschaften kann man auf 45 000, die Zahl der vom Manöver rückbeförderten aber auf etwa 75 000 Mannschaften, somit die Gesamtzahl der beförderten Offiziere auf 7000, der Mannschaften auf 120 000, der Pferde auf 8000, der Geschütze und Fahrzeuge auf 600, der Fahrräder auf 1200 schätzen. Bei Beförderung von Offizieren werden bezahlt für den Kilometer 5 Pf., von Feldwebeln, Unteroffizieren und Gemeinen 1,5 Pf. für Pferde je 13 Pf., für Fahrzeuge 30 Pf.; bei Beförderung von mehr Pferden und Fahrzeugen in einem Wagen ermäßigt sich die Taxe auf durchschnittlich 8 oder 24 Pf. Es kostet somit der Transport bei durchschnittlich 200 Kilometer Weg:

der Offiziere	für jeden	10 M.	mithin etwa	70 000 M.
der Mannschaften	„ „	3 „	„ „	360 000 „
der Pferde	„ jedes	16 „	„ „	130 000 „
der Fahrzeuge	„ „	48 „	„ „	30 000 „
der Fahrräder	„ „	10 „	„ „	10 000 „
der Krankentransporte und Gepäckstücke rund			„	20 000 „
Leerlauf der Wagen, die leihweise abgegeben wurden			„	20 000 „
			Zusammen:	640 000 M.

Also weit über eine halbe Million. Wir überlassen es anderen Fachmännern, ergänzend zu berechnen, was das Uebrige, namentlich auch der Ersatz der Monturen, die zum größten Teil ganz verdorben sind, kostet, und wie viele Pferde neu angeschafft werden mußten; denn Hunderte sind teils zu Grunde gegangen, teils lahm geworden. Ferner, welche Auslagen für die Reparatur der beschädigten Fahrzeuge, für Entschädigung der Grundbesitzer in dem Manövergelände erwuchsen. Wir glauben nicht zu hoch zu greifen, wenn wir die Kosten dieser Manöver auf mehr als **zehn Millionen** schätzen, ganz abgesehen von dem unberechenbaren Schaden, den die Geschäftswelt „im Zeichen des Verkehrs" durch tagelanges Einstellen des Verkehrs erlitt.

Das ist jetzt erst der materielle Schaden, den das Volk hat. Dazu kommt nun noch der bedeutende Schaden, der den Mannschaften durch die anstrengenden Strapazen zugefügt wurde. Darum nieder mit dem Militarismus!

Unteroffiziere und Sozialdemokratie.

Die Deutsche Tageszeitung bespricht die „Sozialdemokratie im Heere" in einem Artikel, der unter mancherlei großthuerischen und verheuchelten Redewendungen die Furcht vor der Untergrabung dieses „festesten Bollwerks" unserer Zustände deutlich genug erkennen läßt. Sie meint zwar, „die frische (!) herbe Luft, die in unserem Heere weht, ist der Entwickelung sozialdemokratischer Fäulniskeime nicht günstig", aber im Innern weiß sie am besten, wie unter der herben Einwirkung dieser „frischen" Kasernenluft eine wirklich sozialdemokratische Gesinnung erst gestählt und zahlreiche Herzen den neuen Keimen erschlossen werden. Dann aber fährt das Blatt fort: „Freilich, in einer Beziehung können wir uns banger Sorge nicht entschlagen . . . Wir können uns der Befürchtung nicht erwehren, daß gerade der sehr gering besoldete, wenig aussichtsreiche, oft recht scharf angefaßte Unteroffiziersstand der sozialdemokratischen Beeinflussung sehr ausgesetzt ist." In seines Herzens Not schlägt dann das Junkerblatt wirtschaftliche Besserstellung, ja — das grenzt schon an Umsturz — Zugänglichmachung „einiger niederer oder besonderer Offiziersstellen" vor, „natürlich in beschränktem Umfange." Nun, so lange noch für die glänzenden Gehälter der Generale, für Reisegelder, Pferderationen rc. zu sorgen ist, wird für die darbenden Unteroffiziere nicht viel übrig bleiben.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin des gesamten Militarismus. Aber sie weiß das feindliche Prinzip von den Personen zu trennen. Und wenn sie mit aller Schärfe Mißhandlungen und Schindereien in der Kaserne bekämpft, so ist sie sich wohl bewußt, daß auch die Unteroffiziere Geschöpfe ihrer Verhältnisse sind, und daß ein gut Stück jener Unthaten aus der ungenügenden körperlichen Vorbildung der Rekruten und den ungemäßigten Anforderungen von oben her, die schließlich mit vereinter Wucht auf dem Unteroffizier lasten, abzuleiten, wenn auch nicht zu rechtfertigen sind. Wir wissen sehr wohl, daß die Unteroffiziere Proletarier in Uniform sind, und daß durch Ersparnisse an unnützen Ausgaben aller Art auch ihre Lage verbessert werden kann. Wir fürchten eine solche Verbesserung nicht, denn erst der Mensch, der Zeit und Ruhe zum Nachdenken gewinnt, der der gröbsten Sorge enthoben ist, ist auch fähig, seine Klassenlage und die Wahrheiten des Sozialismus zu erfassen. Und getreu der Gleichheit aller Bürger, die wir fordern, verlangen wir die Beförderung der qualifizierten Elemente des Unteroffizierkorps in Offiziersstellen, und zwar ohne Beschränkung, nur nach Maßgabe der Befähigung.

Je besser und aussichtsreicher die Lage des Unteroffizierstandes ist, desto mehr dieser Leute werden auch innerlich sich lösen von dem rohen und verrohenden Kasernentone, der als eine fortgesetzte Reihe von Mordversuchen auf die feineren und edleren Triebe und Gefühle der Menschenseele aufzufassen ist.

Das weiß man auch. Und so hat keine Partei unter Postunterbeamten, Schutzleuten, Eisenbahnern rc. so viel Anhänger wie die Sozialdemokratie. Und wie in diesen, großenteils aus dem Unteroffizierstand rekrutierten Berufen, so fehlt es auch heute schon unter den denkenden, ihrer Klassenlage und ihrer Menschenpflicht bewußten Unteroffizieren selbst, uns nicht an stillen Anhängern. Darum haben jene Herren alle Ursache zur „bangen Sorge." Die Axt ist an die Wurzel gelegt . . . da muß auch der Stamm und die Krone des Klassenstaats mählich verdorren.

Bericht der sozialdemokratischen Parteileitung auf 1896/97.

VII. Kassenbericht.

Die Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 4349 63 M., die Ausgaben aber eine solche von 52 971,04 M. auf. Zurückgelegt konnte daher auch nur ein sehr geringer Betrag werden. Die Zahl der Parteiorte bezw. Wahlkreise, welche Beiträge an die Parteiorte abliefern, hat sich gegen das Vorjahr abermals um 15 verringert.

Nach dem Gothaer Parteitag trat zunächst eine Besserung in den Einnahmen ein. Bald aber machte der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter seine Wirkungen geltend. Waren es doch gerade gut organisierte und opferwillige Parteiorte, die durch den Streik direkt und zunächst betroffen wurden. Während die drei Hamburger Wahlkreise im Vorjahre insgesamt 21,500 M. an die Parteikasse abführen konnten, ist im laufenden Jahre, abgesehen von einem aus früherer Zeit stammenden Beitrag der Gesamtpartei, nur der 2. Hamburger Wahlkreis mit einem Beitrag von 1000 M. vertreten.

Weiterhin wurden aber durch die im ganzen Reiche für die Streikenden veranstalteten Sammlungen auch alle übrigen Parteiorte in Mitleidenschaft gezogen. Erst vom Monat April an flossen der Parteikasse wieder reichlichere Mittel zu.

Unter den Ausgaben ist besonders der hohe Betrag für Preß-Unterstützungen in die Augen fallend. Die Mehrausgabe gegen das Vorjahr kommt jedoch lediglich auf das Konto der Neuen Welt. Im übrigen ist der geschäftsführende Ausschuß energisch und mit Erfolg bemüht gewesen, die Preß-Unterstützungen herabzumindern. Zieht man, um zu einem zutreffenden Vergleich mit den Vorjahren zu kommen, die für die Neue Welt ausgegebene Summe von dem Gesamtbetrage ab, so verbleiben an allgemeiner Preß-Unterstützung noch 35 032 35 M. Dagegen betrugen die Ausgaben für die Presse von 1895 auf 1896 69,331,70 M., von 1894 auf 1895 43,244,81 M., von 1893 auf 1894 45 275 17 M. und von 1892 auf 1893 50 814 07 M. Die auf diesem Gebiete im letzten Jahre ersparten Summen konnten der allgemeinen Agitation dienstbar gemacht werden, für welche im Berichtsjahr 18 113 02 M. mehr ausgegeben wurde als im Vorjahre.

Von unseren Bruderparteien im Auslande hatten besonders die östreichischen, holländischen und italienischen Genossen schwere Kämpfe zu bestehen. Sie wurden mit folgenden Summen unterstützt: Die östreichischen Genossen mit 10 000 M., die holländischen Genossen mit 2800 M., die italienischen Genossen mit 1300 M. und die slovenischen Genossen mit 500 M.

In allen drei Ländern haben sich unsere Genossen bei den Wahlen wacker geschlagen und hat der Sozialismus große, zum Teil überraschende Fortschritte gemacht. Es darf die deutschen Genossen mit Genugthuung erfüllen, daß sie zu diesen Erfolgen auch ihr bescheidenes Teil mit beigetragen haben.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

An Einnahmen waren vom 1. September 1896 bis 31. Aug. 1897 insgesamt 274 521.21 M.. Davon entfielen auf

Allgemeine Einnahmen	181 245.62	M.
Zurückgezahlte Darlehn	34 846 75	„
Zinsen	5 953 60	„
Ueberschuß aus dem Vorwärts .	48 210.—	„
Vermischte Einnahmen	4 265.24	„
Bestand am 31. August 1896 . .	17 318 57	„
Somit Gesamteinnahme	**291.839.78**	M.

Die Ausgaben betrugen insgesamt 283 093.60 M. Davon entfallen auf

Unterstützungen	10 319.—	M.
Prozesse und Gefängnis	5 382.48	„
Allgemeine Agitation .	59 425.85	„
Wahlagitation	26 098.25	„
Reichstagskosten . . .	27 529.—	„
Gehälter u. Verwaltung	14 618.65	„
Darlehn	42 410.—	„
Preßunterstützungen . .	94 234.27	„
Vermischte Ausgaben .	3 076.60	„
Ausgaben f. Kapitalanl.	1 660.—	„

Es beträgt somit der Kassenbestand 7 096 18 M. Die Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden.

Bemerkungen zu Einnahmen:

Unter diesen Eingängen befinden sich 3625.39 M. für den Verkauf einer Druckerei und 267.00 M. Abonnements-Resteingänge vom Sozialdemokrat.

Bemerkungen zu Ausgaben.

Unterstützungen wurden, wieüblich, nur gezahlt an Genossen oder an Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miete für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre u. s. w.

In diesem Betrage sind auch die Kosten der im November v. J. in Berlin abgehaltenen Preßkonferenz enthalten.

Ausgaben für die Parteipresse,
im einzelnen nachgewiesen.

Augsburger Volkszeitung	250.—	M.	
Braunschweiger Volksfreund . . .	2 000.—	„	[1])
Elf.-lothring. Ausgabe der Mannheimer Volksstimme	8 601.05	„	[2])
Fränkische Volkstribüne	400.—	„	
Königsberger Volkstribüne . . .	1 400.—	„	[3])
Märkische Volksstimme	1 000.—	„	[4])
Mitteldeutsche Sonntagszeitung . .	500.—	„	
Neue Welt	59 201.92	„	[5])
Nordwacht	1 000.—	„	
Oberfränkische Volkszeitung . . .	150.—	„	
Rheinische Zeitung	3 900.—	„	[6])
Teltower Volksblatt	1 201.30	„	[7])
Thüringer Tribüne	3 600.—	„	
Thüringer Volksblatt / Thüringer Volksfreund / Neustädter Volksblatt	1 730.—	„	
Volksblatt für Hessen	1 000.—	„	
Volkswacht, Breslau	7 000.—	„	[8])
Zeitzer Volksbote	1 300.—	„	[9])
	94 234.27	M.	

Bemerkungen zu Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) In Braunschweig sind seit Jahren unter den Parteigenossen Streitigkeiten um das Eigentumsrecht am Volksfreund geführt worden, die je länger, je heftiger und häßlicher wurden. Da die Parteibewegung nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern auch im Lande, unter diesem Zustande auf das bedenklichste litt, war der geschäftsführende Ausschuß schließlich gezwungen, einzuschreiten und das Verlagsrecht zu regeln. Zur Fortführung der Zeitung auf neuer Grundlage waren aber Zuschüsse nötig. Außer den bereits gezahlten 2000 M. werden noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt, und die Folgen des jahrelangen Haders überwunden sind.

[2]) Unter diesem Posten befindet sich ein Betrag von 500 M., der noch nachträglich für die frühere elsaß-lothringische Ausgabe des Offenbacher Volksfreundes gezahlt werden mußte. Im übrigen ist mit den elsaß-lothringischen Genossen ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1897 ab nur noch ein fester Zuschuß zur Herstellung einer besonderen, dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung für die Reichslande gezahlt wird. Die Ausgaben werden dadurch auf den vierten Teil der im Berichtsjahre ungefähr für die elsaß-lothringische Presse gezahlten Summe herabgesetzt.

[3]) Bei der im Berichtsjahre in Königsberg i. Pr. stattgefundenen Reichstagswahl ließen unsere dortigen Genossen, die infolge Saalmangels in der mündlichen Agitation sehr beschränkt waren, ihr Organ, die Königsberger Volkstribüne, statt wie bis dahin einmal, dreimal wöchentlich erscheinen. Diese Aenderung im Erscheinungsmodus, die auch nach der Wahl bis auf weiteres noch beibehalten wurde, war aber nur mit Hilfe eines Zuschusses aus der Zentralkasse durchzuführen. Der Ausgang der Wahl hat bewiesen, daß die der Volkstribüne gewährte Unterstützung gute Früchte getragen hat.

[4]) Die Märkische Volksstimme erscheint in diesem Jahre nur aus dem Grunde unter den subventionierten Parteiblättern, weil ihre Druckerei durch die Ueberschwemmung, von welcher die Stadt Forst i. L. betroffen wurde, schweren Schaden erlitt. Der geschäftsführende Ausschuß hielt es in diesem Falle für seine Pflicht, schnellste Hilfe zu gewähren.

[5]) Von diesem Betrage kommen 42 466.92 M. auf das Jahr 1896 und 16 735 M. auf das Jahr 1897. Im laufenden Jahre wird, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, der Zuschuß zur Neuen Welt voraussichtlich noch unter der vom Gothaer Parteitag beschlossenen Höhe bleiben.

[6]) Die im vorjährigen Bericht erwähnte Vereinbarung mit den Kölner Genossen ist strikte durchgeführt worden. Die letzteren haben übrigens nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung nur einmal den vollen Zuschuß mit 1000 M. pro Quartal in Anspruch genommen. In den beiden folgenden Quartalen hat die Rheinische Zeitung nur je 800 M. Zuschuß erfordert.

[7]) Von diesem Betrage sind 600 M. noch regelmäßiger Zuschuß. Mit dem Rest von 601.30 M. wurden die nach dem Eingehen des Blattes noch vorhandenen Verbindlichkeiten erfüllt.

[8]) Dieser Betrag entstammt noch Verpflichtungen, welche die Parteileitung im vergangenen Jahre übernommen hatte. Im laufenden Jahre sind der Volkswacht weitere Zuschüsse nicht mehr bewilligt worden.

[9]) Mit dieser Summe wurden Schulden getilgt, die nach dem Eingehen des Volksboten noch vorhanden waren.

VIII. Verfolgungen und Bestrafungen.

Wie aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist, haben die erkannten Gefängnisstrafen in dem Berichtsjahr eine Höhe erreicht, die alle voraufgegangenen Jahre übertrifft. Mehr als die Hälfte der erkannten Gefängnisstrafen entfällt auf die mit den Lohnkämpfen im Zusammenhang stehenden Verurteilungen, die in vielen Fällen, so aus Anlaß des Hamburger Hafenarbeiterausstandes, aber auch in Lübeck, Leipzig rc. recht empfindlich ausgefallen sind. Nach unserm dem Strafregister entnommenen Auszug sind wegen der aus Anlaß von Lohnkämpfen begangenen Delikte erkannt auf 70 Jahre 10 Monate 6 Wochen 3 Tage Gefängnis und 1505 M. Geldstrafe. Davon entfällt die größere Hälfte mit 37 Jahre und 3 Wochen Gefängnis und 1418 M. Geldstrafe auf die in Hamburg und Altona gefällten Urteile. Nach alledem hat die Annahme gewiß Berechtigung, daß die von höchster Stelle aus ergangene Mahnung: „Schwerste Strafe demjenigen, der seine Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert," auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Im vorigen Bericht verwiesen wir auf die besondere Aufmerksamkeit, deren sich unsere Preßorgane in Erfurt und Breslau seitens der Staatsanwaltschaft zu erfreuen hatten. Im abgelaufenen Jahr hat sich diese Aufmerksamkeit auf unser Organ in Halle a. S. übertragen. Ein Bier- und Mühlenboykott gab Veranlassung zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970921-17/fragment/page=0001
DFG

zahlreichen, meistens im Höchstmaß der angezogenen Strafbestimmung erkannten Geld- und Haftstrafen. Das Strafregister der Partei weist 64 Verurteilungen wegen Verübung groben Unfugs auf. Daran partizipiert Halle mit 11 Fällen. Insgesamt wurden wegen Verübung groben Unfugs gegen Genossen erkannt auf 1 Jahr 7 Monate 3 Wochen und 5 Tage Haft- und 2970 M. Geldstrafe. Hiervon entfallen auf Halle 1 Jahr 3 Wochen und 5 Tage Haftstrafe.

Seitdem die Entdeckung gemacht worden ist, daß die Strafbestimmung über die „Verübung groben Unfugs" als treffliches Mittel in der Bekämpfung sozialistischer Propaganda zu gebrauchen ist, ist im Volke die Meinung eine weit verbreitete geworden, die in dem Epigramm Ausdruck findet: „Was man nicht definieren, kann, sieht man als groben Unfug an". Dem Einfluß dieser Meinung scheint der preußische Justizminister auch nachgegeben zu haben, wie ein Erlaß vom 11. Januar vermuten läßt, der dahin geht, daß die Bestrafungen wegen Verübung groben Unfugs sich auf Handlungen oder Unterlassungen, die den Bestand der öffentlichen Ordnung stören oder gefährden, zu beschränken habe.

Die Anstrengungen, für unsere im Essener Meineidsprozeß verurteilten Genossen ein Wiederaufnahmeverfahren herbeizuführen, sind leider erfolglos geblieben. Am 29. Januar lehnte das Essener Landgericht den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Dasselbe geschah am 21. Mai seitens des Oberlandesgerichts Hamm als Berufungsinstanz. Am 17. August waren es 2 Jahre, daß Schroder, Mayer und Genossen verurteilt wurden. Die Angehörigen Schroders hoffen daß an dem diesmaligen Jahrestag dem Gatten und Vater die im § 23 des R.-Str.-G. vorgesehene Vergünstigung zu teil und seine Entlassung verfügt werde. Bisher ist die gehegte Hoffnung zu Schanden geworden.

Ein großer Teil der teilweise mit harten Strafen gesühnten Preßbeleidigungsprozesse ist auf falsche, den Thatsachen nicht entsprechende Berichterstattung beobachteter Vorgänge seitens der Genossen zurückzuführen.

Ein besonders ekstatischer Fall hat dem Redakteur der Reußischen Tribüne, Genossen Najork, 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis eingetragen, wegen Lehrerbeleidigung. Der Vorgang erregte um deswillen Aufsehen, weil man das tragische Ende des Lehrers damit in Verbindung brachte, was wohl auch die Höhe des Strafmaßes beeinflußt haben dürfte.

Verurteilungen erfolgten im:

Monat	Gefängnisstrafen				Geldbuße
	Jahre	Mon.	Woch.	Tage	Mark
September	3	1	3	5	2297
Oktober	10	4	3	1	1300
November	3	5	3	—	5856
Dezember	11	—	4	2	1816
Januar	26	4	3	1	2516
Februar	17	6	3	4	4017
März	10	10	3	4	2400
April	15	4	—	2	1904
Mai	6	11	1	5	1615
Juni	3	9	1	3	1211
Juli	5	8	1	3	1940
August	3	10	3	6	1357
Zusammen	118	8	—	3	28229

Sprachen wir im vorjährigen Bericht unsere Genugthuung darüber aus, daß das „Gros der Verbrecher" aus den sich häufenden Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung nicht von unseren Parteigenossen gestellt werde, so können wir feststellen, daß von den zahlreichen in diesem Jahre erfolgten Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung auf unsere Partei nur 7 entfallen. Bei der schwierigen und gefahrvollen Thätigkeit unserer Parteigenossen werden bei größter Vorsicht solche Einzelfälle vorkommen, zumal wenn man bedenkt, daß Byzantiner- und Strebertum zu einer Blüte entfaltet ist, die jede Konkurrenz mit gleichen vorausgegangenen Geschichtsepochen aushält.

Sind die die Genossen betroffenen Strafen auch mitunter hart, der Mut und die Ausdauer derselben wird dadurch nur gestählt. Ohne Kampf kein Sieg.

Tagesgeschichte.

Zu Liebknechts Kaiserbeleidigungsprozeß ist auf den 12. Oktober vor dem Reichsgericht Revisionstermin anberaumt worden. Bekanntlich war unser ergrauter Genosse wegen seiner Eröffnungsrede bei dem Breslauer Parteitag vor zwei Jahren der Majestätsbeleidigung angeklagt und unter Zuhilfenahme des berühmten dolus eventualis zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, obwohl das Gericht ausdrücklich anerkannte, daß seine Worte keine Kaiserbeleidigung enthalten hatten. Aber, so konstruierte das Gericht, Liebknecht hätte wissen können, daß der eine oder andere Zuhörer seine Worte als Majestätsbeleidigung auffassen könnte, und deshalb sei er zu verurteilen. Das Reichsgericht hat darüber zu entscheiden, ob diese Begründung der Verurteilung, die alles bisher auf dem Gebiete juristischer Auslegekunst Geleistete in den Schatten stellt, aufrecht erhalten werden darf.

Die preußischen Landtagswahlen sollen schon bald nach Ostern nächsten Jahres vorgenommen werden, statt im Oktober. So verkünden wenigstens Berliner Blätter.

Wann giebt es Reichstagswahlen? Innerhalb des Ministeriums soll, wie der Frankf. Ztg. aus Berlin geschrieben wird, eine Strömung vorhanden sein, die den baldigen Zusammentritt des Reichstags und möglichste Beschleunigung der Arbeiten in der Absicht befürwortet, daß die Neuwahlen zum Reichstag womöglich schon Ende April stattfinden können. Der Etat lasse sich bis etwa zum 20. März erledigen, wenn die Regierung im Vorlegen sonstiger Gesetzentwürfe Maß halte. Ob der Reichstag dann geschlossen oder, weil sein Mandat noch nicht abgelaufen sei, aufgelöst werde, bleibe sich gleich. Jedenfalls werde der neugewählte Reichstag noch im Frühjahr zu einer Tagung einberufen werden. Ob zu einer kürzeren, die nur der Bestimmung der Verfassung Genüge leistet, wonach der Reichstag innerhalb so und so vieler Wochen nach seiner Wahl einberufen werden muß, oder einer längeren, in der wichtige Entscheidungen fallen könnten, das soll von der Zusammensetzung des neuen Hauses abhängen. Das würde also heißen! Die Regierung gedenkt die Marinepläne nicht zur Wahlparole zu machen! Kommt aber eine Art Kartellreichstag zu stande, so wird ihm sofort eine Marinevorlage präsentiert werden. Es gilt also für die Wähler, bei der Hand zu sein. Wir leben im Zeitalter der Ueberraschungen.

Aus persönlicher Abneigung. Der Hann. Kur. bemerkt zu der Meldung über den Rücktritt des Unterstaatssekretärs im Reichspostamt Dr. Fischer: „Dr. Fischer konnte nicht umhin, darin, daß er bei der Wahl eines Nachfolgers für Stephan übergangen wurde, eine persönliche Zurücksetzung zu erblicken, und das um so mehr, als glaubhaft versichert wird, daß der Vorschlag des Reichskanzlers, Dr. Fischer zum Staatssekretär zu ernennen, vom Kaiser nicht nur aus sachlichen Erwägungen, sondern auch aus persönlicher Abneigung gegen diesen Herrn zurückgewiesen worden sei."

Das ist sehr „interessant!"

Die wahren Schuldigen. Nun ist's heraus, wer die Schuld trägt an den vielen Bahnunfällen der letzten Zeit. Hurrig verbreitet das offiziöse Wölffschen durch sein Depeschenbureau folgende Bekanntgabe des Eisenbahnministers Thielen:

„Nach dem Ergebnis der angestellten Untersuchungen sind die in letzter Zeit vorgekommenen beklagenswerten Eisenbahnunfälle zu einem großen Teil durch die **Nichtbeachtung klarer und einfacher Vorschriften** über die Handhabung des Betriebes hervorgerufen worden. Ich bin daher genötigt, den königlichen Eisenbahndirektionen die genaue Beachtung des Erlasses vom 21. November 1884 rc. zur ernsten Pflicht zu machen, nach welchen jede auf grobe Pflichtverletzung zurück zu führende Zuwiderhandlung gegen eine zur Sicherung des Betriebes erlassene Vorschrift, auch wenn dadurch eine Störung des Betriebes oder ein Unfall nicht herbeigeführt worden ist, **in der Regel mit Dienstentlassung**, bei fest angestellten Beamten mit Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung zu ahnden ist. Dies ist sämtlichen Beamten und Hilfsbeamten durch die Dienststellenvorsteher zu eröffnen."

Da hat man's! Glaubte da die boshafte Welt, die wahren Ursachen der Unfälle seien im Sparsystem zu erblicken, in der Ueberanstrengung des Personals, in der ungenügenden Revidierung des liegenden und fahrenden Materials und in anderen ähnlichen Sachen, da kommt der Herr Eisenbahnminister, stellt amtliche Untersuchungen an und findet glücklicherweise, daß des Uebels Wurzel wo ganz anders liegt, nämlich in der Fahrlässigkeit der Beamten. Aus reiner Wollust lassen diese die Züge entgleisen oder zusammenrasseln, aus heimlichem Haß gegen ihren Chef setzen sie ihr eignes Leben aufs Spiel. Ja mit diesen boshaften Leuten! Werft sie hinaus, die Schandbuben! Rein und in vollem Glanze steht dagegen die Bahnverwaltung da, an ihrer Spitze der Eisenbahnminister!

Grob, aber gut. Die deutsche Handwerkerzeitung, ein Organ der Zünftler, erläßt unter der Ueberschrift: Augen auf und Taschen zu! eine Warnung vor dem Bunde der Landwirte, in der die Bemühungen des Bundes, die Handwerker für seine Zwecke einzufangen, kritisiert werden. Da liest man:

Das Organ der Herren Plötz und Genossen hat vor mehr als Jahresfrist die Errichtung einer westdeutschen landwirtschaftlichen Brotverzehrungsgenossenschaft (wenn wir nicht irren) fürmlich zur Nachahmung empfohlen, die Vereinigung mecklenburgischer Landwirte hat in Berlin Läden mit Fleischwaren errichtet rc. — kurzum, der Mittelstand, das genarrte Handwerk, hat durch den erregten dicken Nebel hindurch deutlich erkannt, daß die Phrasen der Herren Bündler eben zu nichts weiter dienen wie den „einseitigsten Raubbau" vertuschen zu helfen. In der Praxis selbstverständlich — auf dem Papier und in Worten „darf die berechtigte Selbsthilfe nur soweit gehen, als dadurch die anderen berechtigten Erwerbs- und Gewerbszweige nicht geschädigt werden." Wirklich nicht übel, denn so viel Worte, so viel Dumpfig. Demnach sind Müller, Bäcker, Fleischer, und nach einem ganz kürzlich im Landwirt erschienenen Artikel auch Dachdecker keine berechtigten Erwerbs- resp. Gewerbszweige.

Und das wagen Leute aufzutischen, die die Brennereiliebesgabe einsacken, das Geschenk der Grundsteuer erhielten, die einträglichsten Stellen im Staats- wie Heeresdienst für sich und ihre Neposten beschlagnahmt sehen möchten, und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Aber wir wollen den Herren die Wege weisen. Mögen sie sich die Taschen vollsacken, so viel sie können — ihre Tiraden über ihr Eintreten für das Wohl des Mittelstandes aber sind nichts als — längst durchschaute Mandver. Man ist ja dort jetzt daran, eine „Zeitung für den Mittelstand" — d. h. also man hält den abgelagerten Bockmist der Deutschen Tageszeitung für die dummen Handwerker gerade ausreichend, um diese im Nebel erhalten zu können — herauszugeben. Nur die Männer, die ihren im Handwerkerstande bekannten ehrlichen Namen dazu hergeben, die „Plattenzeitung für den Mittelstand" schmackhaft zu machen, die hat man noch nicht gefunden. Noch denen wird noch eifrig gefahndet. Nun auch die Plattenzeitung für den Mittelstand wird, gerade so wie das bündlerische Hauptblatt, im Handwerkerstande keinen Schaden anrichten, denn der weiß zur Genüge, woran er ist.

So hat den Bündlern das Vergießen von Krokodilsthränen über die Not des Handwerks und das Liebeswerben um dasselbe nichts genützt. Sie sind erkannt.

Die National Sozialen haben große Rosinen im Sack. Sie wollen eine Konferenz der **national-sozialen Gewerkschaftler** abhalten. Eingeladen sind, wie die Zeit mitteilt, alle dem Arbeiterstande angehörigen Delegierten sowie „jeder, der sich für die Gewerkschaftsbewegung interessiert"; trotz dieses weit gezogenen Kreises derer, die teilnehmen dürfen, soll die Besprechung „streng vertraulich" sein. Und noch mehr wollen die Herren. Eine Berliner Versammlung hat den Vorstand des dortigen national-sozialen Vereins beauftragt, die Abhaltung einer nationalen Arbeiterschutz-Konferenz auf Grund der Züricher Beschlüsse im nächsten Jahre anregen zu wollen.

Wer zerstört die heilige Ehe? Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Im Jahrzehnt 1885—1894 sind in Berlin 8476 Ehen geschieden worden. In fast 3000 Fällen ist Ehebruch der Scheidungsgrund. Angesichts dieser entsetzlichen Zahlen fordert der Reichsbote in einem sehr ernsten Artikel schärfere Bestrafung des Ehebruchs, auch wenn die Ehescheidung nicht erfolgt ist. — Viel dürften die schärfsten Bestrafungen nicht helfen. Es ist vielmehr erforderlich, daß in der allgemeinen Anschauung, besonders der gebildeten Kreise, der Ehebruch als das betrachtet werde, was er ist: als eine der schlimmsten Arten des Meineids, als eines der verachtungswertesten Schurkenstücke.

Dieckmal hat das edle Junkerblatt seine Worte an die richtige Adresse gerichtet. Ob ihm die „Edelsten und Besten" dafür dankbar sein werden?

Wegen Prinzenbeleidigung wurde in Würzburg der Brauergehilfe Beer zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Prinz Alfons von Baiern, der anläßlich der Kavalleriemanöver in Detteldach bei Würzburg einquartiert war, wurde dort der Gegenstand vielfacher Ovationen; der Angeklagte rief dagegen dem vorübergehenden Prinzen eine sehr unzweideutige Einladung nach.

Keine Kaiserbeleidigung. Ein von der Staatsanwaltschaft in Gnesen gegen den katholischen Pfarrer Hechmann, der bei einem im Sommerfest gegenüber dem vom Bürgermeister ausgebrachten Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben war, eingeleitetes Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist eingestellt worden.

Ausland.

Spanien. Der gebannte Finanzminister. Der Bischof von Majorca veröffentlicht einen Erlaß, wonach er den Kirchenbann über den spanischen Finanzminister verhängt, weil er einen Teil der Güter des Klerus beschlagnahmt habe. Die Regierung beschloß, wegen der Handlungsweise des Bischofs in Rom zu protestieren. — Wie konnte aber auch der Finanzminister die Kirche an der Stelle fassen, wo sie am empfindlichsten ist, am Geldbeutel! Uebrigens ist der bannfluchtige Bischof ein früherer Karlist, der selbst wegen Verschwörung seiner Zeit nach der Insel Mallorca verbannt

---

Eine Brautreise ins neuentdeckte Goldland.

Nach dem Englischen.

(Nachdruck verboten.)

„Am Golde hängt — nach Gelde drängt — doch alles," sagt Goethe. Seitdem die Menschen in Kulturverhältnissen leben, bilden Gold und Silber die Hauptzahlungsmittel bei allem Handel und Verkehr, soweit nicht Tauschhandel in Frage kommt. Es ist mithin nichts natürlicher, als daß die Menschen stets diesen beiden Edelmetallen mit aller Macht nachgestrebt haben.

Trotz der großen Goldfunde der Neuzeit ist die Kaufkraft des Goldes beständig gestiegen, während der Wert des Silbers heute derartig gesunken ist, daß die bergmännische Gewinnung dieses weißen Metalles vielfach nicht mehr lohnt und die weltbewegende Frage der Großgeldwirtschaft der Erde ist heute die: Wie kann das Silber wieder im Wert erhöht werden? Diese Frage beherrschte, wie bekannt, auch die letzte amerikanische Präsidentenwahl. Diese Frage ist bis heute noch nicht zum Austrage gekommen, beschäftigt uns aber hier nicht weiter. Es scheint eine feststehende Thatsache zu sein, daß das Gold über die gesamte Erde verbreitet ist. In Europa und in denjenigen Ländern, welche eine alte Kultur besitzen, ist das leichter erreichbare Gold bereits größtenteils der Erde entzogen und in den wirtschaftlichen Verkehr übergegangen.

Ausgrabungen auf uralten Kulturstätten, z. B. Troja, welches vor 3—4000 Jahren zerstört worden sein soll, haben meisterhaft gearbeitete Goldschmucksachen zu Tage gefördert. Es liegt daher nahe, daß erhebliche Goldfunde heute nur in Gegenden zu erwarten sind, wo die menschliche Kultur noch nicht hingedrungen.

Seit 50 Jahren sind über große Goldlager auf der Erde entdeckt worden. Ein kleiner geschichtlicher Rückblick darauf dürfte nicht ohne Interesse sein.

Am stillen Ocean liegt das Land Kalifornien, welches früher eine ziemlich menschenleere spanische Kolonie bildete. Die spanischen Kolonien Amerikas warfen vor 70 Jahren ihre europäischen Peiniger zum Lande hinaus und gründeten eine Reihe von Republiken, deren größte Mexiko ist, zu welcher Republik auch Kalifornien gehörte. Im Jahre 1848 kauften die Vereinigten Staaten von Nordamerika diesen großen Landstrich der Republik Mexiko für 15 Millionen Dollar ab. Bald darauf wurde in dem neugekauften Lande Gold gefunden. Jeder arme Mann war im Stande, Goldstaub mit leichter Mühe zu gewinnen. Der Sand der Flüsse wurde in einfachster Weise in Pfannen ausgewaschen und das schwere Gold blieb zurück. Diese einfachste Art der Goldgewinnung ist dort natürlich längst vorüber, dieselbe wird jetzt dort bergmännisch wissenschaftlich und mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit betrieben.

Fest steht, daß blutarme Arbeiter dort in ganz kurzer Zeit zu vielfachen Millionären geworden sind. Aus der ganzen Welt strömten die Glücksritter nach dort zusammen. Kalifornien aber ist eines der reichsten und schönsten Länder der Erde geworden. Klima und Fruchtbarkeit sind den Verhältnissen von Italien gleich. Goldgewinnung ist dort heute von nur nebensächlicher Bedeutung. Seit dieser Zeit durchstreifen Goldsucher (Prospectors) alle unbekannten Weiten der Erde und zwar nicht ohne Erfolg.

Im Jahre 1851 entdeckte man in Australien, einer damals menschenleeren englischen Kolonie, enorme Goldlager. Das derzeit leere Australien zählt heute vier Millionen Einwohner und besitzt Ackerbau, Viehzucht, Industrie und Handel in einem solchen Maße, daß der Weltverkehr dadurch wesentlich beeinflußt wird.

Dasselbe Bild zeigt Südafrika, wo vor einigen Jahren Gold in Masse gefunden worden ist.

Das Neueste ist aber die Auffindung der Goldfelder an dem Klondike, einem kleinen Nebenflusse des Jukonflusses, und hierauf bezieht sich die nachfolgende Schilderung.

Den nördlichsten Teil von Nordamerika bildet die englische Kolonie Kanada. Bereits fünfmal haben die amerikanischen Republikaner versucht, das Land zur Republik umzuwandeln. Allein bisher sind alle Aufstände unterdrückt und alle Einfälle abgeschlagen. Dabei muß man den Engländern lassen, daß sie eine weise und einsichtige Leitung der Kolonie wahrnehmen.

Am stillen Ocean nach Sibirien zu wurde das amerikanische Land von russischen Sibiriensahrern entdeckt, von Rußland in Besitz genommen und Russisch Amerika genannt. Im Jahre 1867 kauften die Vereinigten Staaten von Nordamerika dieses Land, etwa so groß wie Deutschland, jedoch nur von 35 Tausend friedlichen Indianern bewohnt, für sieben Millionen Dollar und nennen es seitdem Alaska. Die Hauptstadt mit 300 Einwohnern ist Sitka. Der Gouverneur ist ein früherer Tischlergeselle.

Das Land ist reich an Holz, Fischen und Pelztieren. Neuerdings hat man auch Kohlen- und Eisenlager entdeckt, aber das Klima ist wie in Grönland oder wie oben auf dem Brocken.

Erst im Mai schmilzt der Schnee und im September treten bereits wieder Fröste ein; der Sommer ist heiß.

Viele große Flüsse durchströmen das Land. Der Jukon z. B. ist einer der größten Flüsse der Erde. Dieses Land nun durchsuchten die amerikanischen Prospektors nach Gold und wurden plötzlich von einem fabelhaften Glück begünstigt. Die Goldfelder liegen an der Grenze des amerikanischen Gebietes oder in den englischen Gebieten von Kanada.

Nach diesem trostlosen Lande strömen nun so viele Menschen als hingelangen können, doch gehen die meisten zu Grunde. Im Nachstehenden gebe ich jedoch einer Bericht, wie eine solche Goldsucher-Expedition unter sachverständiger Leitung von Leuten, welche mit hinreichenden Geldmitteln versehen, unternommen und geglückt ist. Der Bericht ist einer englisch geschriebenen kalifornischen Zeitung (Stern von St. Franzisko) entnommen:

Frau Clarence Boyce, welche mit ihrem jungem Ehemann, sofort nachdem sie getraut, Fresno verließ, um mit demselben gemeinschaftlich ihr Glück am Klondike, dem neuen Goldlande in Alaska zu versuchen, ist nach Grand zurückgekehrt und von unserm Berichterstatter besucht worden. „Welchen Rat würden sie geben bezüglich der Reise nach Alaska, wurden Sie insbesondere einer Dame zureden nach dorthin auszuwandern?" Diese Frage unseres Berichterstatters beantwortete Frau Boyce wie folgt: „Nicht um alles in der Welt allein, nur in Gemeinschaft mit ihrem Ehemann. Es ist kein Leben dort für eine alleinstehende Dame, aber ebensowenig für einen einzelnen Mann. Wenn ein Mann in den Goldgruben in Kälte und Nässe den Tag über gearbeitet hat, und abgespannt, hungrig und durchfröstet zu seiner Blockhütte (Hütte aus Baumstämmen) zurückkehrt, und dort die Räume kalt und die Lebensmittel gefroren findet, so ist das ein böses Ding. Die Männer verlieren den Lebensmut, werden krank und gehen zu Grunde, bevor sie ihr Ziel, eine ansehnliche Goldausbeute, erreicht haben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970921-17/fragment/page=0002

worden ist. Der Erzbischof von Valencia hat ihm verboten, den Exkommunikationsbrief am gestrigen Sonntage in der Kirche zu verlesen.

Schweden. Sein „silbernes“ Regierungsjubiläum hat am Sonnabend König Oskar von Schweden gefeiert. Er stammt ab von dem ehemaligen Unteroffizier Bernadotte, der in der großen französischen Revolution und unter Napoleon I. in die Höhe gekommen war. Viel Seide hat König Oskar während seiner 25jährigen Regierung nicht gesponnen. Das Dichten machte ihm mehr Spaß, als das Lesen seiner Gedichte den Lesern. Den meisten Kummer bereitete ihm jederzeit die Steifnackigkeit der Norweger, die zwar durch Oskar mit Schweden verbunden sind, aber von einem Königtum nichts wissen wollen. Im übrigen ist jedoch das Regieren dem Jubilar ganz gut bekommen und das Dichten auch.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ In Landsberg a. W. haben der Vertrauensmann Zigarrenfabrikant Kayser und der Arbeiter Kakuschke polizeiliche Strafmandate über fünf und zwei Mark erhalten, weil sie das Flugblatt „Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht“ ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich verbreitet hätten. Kayser wird außerdem noch beschuldigt, Kakuschke dazu angestiftet zu haben.

§ Vom Landgericht in Thorn wurde Reichstags-Abgeordneter Legien von der Anklage freigesprochen, den Gendarm Bartel als Ueberwachenden einer öffentlichen Versammlung dadurch beleidigt zu haben, daß er ihm Gesetzesunkenntnis und gesetzwidriges Verhalten vorwarf. Das Landgericht erkannte dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu.

Parteinachrichten.

— Preußische Landtagswahlen. Für Aufhebung des Kölner Beschlusses erklärten sich die Genossen in Saarbrücken Dresden-Altstadt und Wetzlar-Altenkirchen.

— Eine großartige Versammlung in Kiel protestierte nach einem Referate des Genossen Ströbel gegen die Entrechtung von 11000 Bürgern. Von den eingeladenen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern war keiner erschienen!

— Aus der Schweiz. Am letzten Mittwoch hielt Genosse Bebel in Luzern eine Volksversammlung ab, wo er über das Thema: „Bürgerliche Gesellschaft und Sozialdemokratie“ sprach. Obgleich der Regen in Strömen goß und die Versammlung erst am Vormittag öffentlich angezeigt worden war, war dieselbe von ca. 800 Personen besucht, darunter vielen vorübergehend in Luzern anwesenden Fremden. Vierzehn Tage früher sprach Bebel in Zürich in einer überfüllten Versammlung über das Thema: „Die wirtschaftlichen und politischen Zustände Deutschlands“.

— Anton Smitals Begräbnis. Schon lange vor der angesetzten Stunde war der Leichenhof des Allgemeinen Krankenhauses mit Trauergästen gefüllt: nicht die offizielle Schriftstellerwelt, die „Litteraten“, nein Proletarier, die Mitglieder der Redaktion, Administration und Expedition der Arbeiter-Zeitung, ein Abgesandter der Parteivertretung der Stadt, ein zweiter des Landes. Drei Kränze galten dem Genossen, ein vierter dem . . . Menschen Smital: er rührte von unbekannten Männern und Frauen des Volkes, die mit dem stillen Mann in seinem Einsiedlerleben in Berührung gekommen waren, die er im Leid getröstet mit denen er sein karges Mahl geteilt, deren Kindern er kleine Freuden bereitet hatte. Diese Frauen klagten und weinten, als der Sarg geschlossen wurde, und sandten ihm Thränen in die Grube nach. Ein Quartett der Freien Typographia sang Suppés „Ruhe, müder Wanderer!“ Als der Sarg in die kühle Erde gebettet war, nahm Genosse Dr. Adler im Namen der Leidtragenden in wenigen ergreifenden Worten Abschied von dem lieben Toten.

Arbeiterbewegung.

Der Streit unter den Buchdruckern. In Leipzig sprach sich eine Buchdruckerversammlung dahin aus, daß sie die Friedensbestrebungen des Verbandsvorstandes nicht für ernstgemeint erachten kann. Nur dann könne in eine Verhandlung eingetreten werden, wenn die Verbandsleitung direkt mit der gewählten Vertretung der Tarifgegner verhandeln wolle und wenn vorher alle Ausschlüsse rückgängig gemacht worden seien. In dem ferneren Amtieren des Verbandsvorsitzenden Döblin wurde das Haupthindernis für eine Einigung der Parteien erblickt und Döblins Rücktritt gefordert. Die Buchdruckerwacht, das Organ der Opposition, wird vom Oktober ab wöchentlich zweimal erscheinen, statt bisher einmal.

Zum Leipziger Maurerstreik. In der letzten Maurerversammlung wurde mitgeteilt, daß der Stand des Streiks noch derselbe wie bei der letzten Versammlung ist. Es sei also durchaus nicht nötig, vorzeitig den Streik zu beenden. Einiger Zuzug ist von Gera hergekommen, doch wird es jedenfalls gelingen, ihn wieder fortzuschaffen. Die Forderungen würden sicher durchgesetzt werden, wenn die Maurer ihr Vertrauen zur Sache behalten. Die Unternehmer hätten jedenfalls am Kampf genug und sträubten sich nur aus protzenhaftem Stolz, zuzusagen.

Es muß abermals darauf hingewiesen werden, daß außerhalb viel Maurer verlangt werden. Wenn der Zeitpunkt zur gemeinsamen Arbeitsaufnahme gekommen ist, sind jedenfalls nicht die Maurer die Besiegten, da im nächsten Frühjahr die Forderungen sofort bewilligt werden müssen, denn es tritt dann sicher noch eine Verbesserung der Baukonjunktur ein.

Der Handschuhmacherstreik in Halberstadt ist bis jetzt unverändert. Im Ausstand befinden sich noch 11 Mann, darunter 4 verheiratete.

Der Bildhauerstreik in der Möbelfabrik von Bartsch in Berlin ist beendet; die Forderungen der Arbeiter sind bewilligt. Sämtliche Arbeiter sind wieder eingestellt worden.

Der Ausstand der Böttcher in der Brauerei Reisewitz in Dresden ist zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet. Am 17. ds. Mts. tagte eine gut besuchte Versammlung der Böttcher, Brauer und Hilfsarbeiter, in der eine Kommission gewählt wurde, die in betreff der Maßregelung eines Arbeiters mit der Direktion Rücksprache nehmen sollte. Die gegenseitige Aussprache führte zu einer Verständigung.

Der Zentralverein deutscher Former hat den Mitgliedern folgende Anträge zur Urabstimmung vorgelegt:

„Der wöchentliche Beitrag wird auf 25 Pf. erhöht.

An Arbeitslosen-Unterstützung wird gewährt: Nach 7tägiger Arbeitslosigkeit pro Woche 6 M. Unterstützung inklusive der Feiertage, exklusive der gewöhnlichen Sonntage (also pro Tag 1 M.). Diese Unterstützung wird ununterbrochen 5 Wochen verabfolgt. Eine weitere Unterstützung kann alsdann erst wieder nach Zahlung von 13 Wochenbeiträgen erhoben werden. In einem Jahre darf die erhaltene Unterstützung 60 M. nicht überschreiten.

Diese Bestimmungen treten, sofern der Antrag angenommen wird, am 1. Januar 1898 in Kraft.“

Die Abstimmung wird am 30. Oktober geschlossen.

Ausland.

Oestreich. Ein Streik, der die kapitalistische Ausbeutung in ihrer häßlichsten Form, der Ausbeutung von Kindern, aufdeckt, ist kürzlich auf den Schächten Michael, Peter und Joseph in Michalkowitz (Mähren) ausgebrochen. Die Streikenden, 160 an der Zahl, insgesamt schwächliche, kaum der Schule entwachsene Knaben im Alter von 14 bis 16 Jahren, die, ohne Rücksicht auf ihre Jugend, zu einer ihrer körperlichen Entwickelung absolut abträglichen schweren Arbeit verwendet werden, beharren mit einer musterhaften Ausdauer auf ihrer Forderung nach einer eigenen Akkordverrechnung für die Schlepper und einer mäßigen Lohnerhöhung. Die jungen Leute erhielten 60 Kreuzer (1 M.) Schichtlohn. Den Werbern des Direktors gelang es, in Galizien 18 Knaben zu überreden, die aber zum Teil sich ihre Arbeitsbücher wiedergeben ließen.

Holland. Die Almeloscher Weber haben ohne Streik gesiegt. Die Fabrikanten sind der Lohnforderung nachgekommen.

England. Zum Kampf der Maschinenbauer. Am 17. ds. machte der Fabrikant William Mather von Salford, der vor 5 Jahren in seinen großen Maschinenwerkstätten den Achtstundentag eingeführt hat, in den Morgenblättern folgenden Kompromißvorschlag zur Beilegung des Kampfes im Maschinenbau-Gewerbe:

Der Unternehmer-Verband und der Maschinenbauer-Verein sollen zu einer Konferenz zusammentreten, um auf Grund der nachstehenden grundsätzlichen Bedingungen einen Vertrag zu vereinbaren:

1. Die Unternehmer stimmen der Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden die Woche bei, sobald über die einzuführenden Schichten und die Regelung der Ueberzeit-Arbeit und sonstige Spezialfragen Einigung erzielt ist.
2. Die Arbeiter, oder vielmehr die Gewerkschaft, erklären sich bereit, in der Frage der Verteilung der Arbeiter an bestimmte Maschinen auf keiner Forderung zu bestehen, welche die Unternehmer für unannehmbar erklären.
3. Die Unternehmer verpflichten sich, für die Dauer des Vertrages nichts gegen die Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer zu unternehmen und deren Mitglieder in keiner Weise gegen die Zeit vor dem Streik zurück zu setzen.

Bis jetzt hat sich erst John Barns, und zwar zustimmend geäußert.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 20. September 1897.

* **Arbeiter, Parteigenossen! Nächsten Montag, den 27. September von vormittags 8 bis mittags 1 Uhr finden die Gewerbegerichtswahlen statt. Agitiert für starke Beteiligung. Die Bestimmungen über die Wahlberechtigung, über die Wahllokale u. s. w. sind in dem am Sonntag verbreiteten Flugblatte ausführlich bekannt gegeben worden und werden in der nächsten Sonntagsnummer des Volksblattes nochmals veröffentlicht werden. Stimmzettel sind am Wahltage vor jedem Wahllokale zu haben.**

* **34000 Flugblätter** sind gestern im Verbreitungsbezirk des Volksblattes durch Parteigenossen zur Verteilung gelangt, 16000 davon in Halle und seiner nächsten Umgebung. Dieser Teil der Flugblätter enthielt zugleich einen Hinweis auf die Gewerbegerichtswahlen. Die anderen dienten lediglich dem Zwecke der Abonnentengewinnung für das Volksblatt. Trotz des sehr ungünstigen Wetters unterzogen sich die Parteigenossen hier und auswärts der Arbeit mit dem auch von den Gegnern anerkannten Eifer. In mehreren halleschen Bezirken war die Verteilung in weniger als einer Stunde beendet.

* **Eine Gärtnerversammlung** fand am Sonnabend im Konzerthause statt, zu welcher sich auch ziemlich viele Gärtnereibesitzer eingefunden hatten. Genosse Weitz-Leipzig referierte über die Lage der Gärtnergehilfen, die er als recht traurige schilderte. Einer ungemein langen Arbeitszeit steht ein äußerst ungenügender Lohn — einschließlich des Wertes für Kost und Logis 45—50 M. monatlich — gegenüber. Dabei ist die rechtliche Stellung der Gärtnergehilfen so unsicher, daß man nicht weiß, ob sie unter die Gesindeordnung oder die Gewerbeordnung gestellt sind. Die erbärmlichen Verhältnisse bewirken, daß sich viele Gehilfen möglichst bald selbständig machen und dann eine traurige Scheinexistenz fristen. Nur dadurch, daß sich auch die Gärtner gleich den anderen Berufen gewerkschaftlich organisieren, und zwar auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, ist es möglich Besserung zu schaffen. Diese Organisation ist die Deutsche Gärtnervereinigung, während der Allg. d. Gärtnerverein auf Hirsch-Dunckerschem Boden steht und nichts Ordentliches für die Gehilfen leisten kann, weil er nur „friedlich“ mit den Prinzipalen verkehren will. Natürlich wolle auch die Deutsche Gärtnervereinigung möglichst im Frieden ihre Forderungen durchsetzen, scheitere aber das an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, dann müßten eben die Gehilfen zu ernsteren Mitteln greifen. Nach kurzer Beleuchtung der Statuten der D. Gärtner Vereinigung (Zentralverband) schloß Referent seine klaren Ausführungen mit der Aufforderung zum Beitritt zur Organisation. In die Debatte griffen mehrere Prinzipale ein, welche die Mißstände zum großen Teil zwar zugaben, aber die Meinung vertraten, das werde sich schon alles von selbst regeln, zumal nach einer Aufstellung 2000 Gärtnergehilfen in Deutschland fehlten. Einen bösen Hereinfall bereitete sich Herr Gärtnereibesitzer O. Schröter, Jägerplatz 18. Es ritt den lahmen liberalen Gaul von dem „sich Selbstregulieren“ vor und sagte, dann brauchten die Gehilfen durch ihre Organisation nicht noch andere Leute zu ernähren. Der Vorsitzende der Versammlung, die vom Gewerkschaftskartell einberufen war und von dessen **Vorsitzenden** geleitet wurde, wies die in diesem Satze enthaltene Verdächtigung zurück und verlangte, Herr Schröter solle für seine Behauptung Beweise beibringen. Herr Schröter that dies, indem er auf den Fall Möller verwies. Möller ist früher der Leiter der Gärtnerbewegung und Redakteur ihres Organs gewesen, hat aber die Bewegung in den schwierigsten Verhältnissen und großen Schulden zurückgelassen. Nun wurde aber Herrn Schröter nachgewiesen, daß dieser Herr Möller gerade der Hirsch-Dunckerschen Richtung angehört hat, für die sich Herr Schröter im Gegensatz zur sozialdemokratischen Gärtnervereinigung erwärmte. In die Debatte griffen auch mehrere Gehilfen ein. Zwei von ihnen befürworteten den Anschluß an den Allg. d. Gärtnerverein (Hirsch-Duncker), während die anderen für den Beitritt zur Deutschen Gärtnervereinigung sprachen. Die Versammlung hatte das erfreuliche Ergebnis, daß die Gründung einer Zahlstelle der Deutschen Gärtnervereinigung gesichert ist, nachdem sich genügend viele Anmeldungen dazu gefunden hatten. So ist der gewerkschaftlichen Bewegung von Halle ein neues Reis zugefügt worden. Möge es recht gedeihen.

* **Braucht Halle einen Stadtmusikdirektor oder nicht?** Diese Frage wird in einem an uns gelangten Schreiben unter folgender Begründung verneint. Die Wahl eines musikalischen Leiters der hiesigen Stadtkapelle geschieht bekanntlich von den hiesigen städtischen Behörden; aus dem Stadtsäckel werden dem Stadtmusikdirektor jährlich 2000 M. Subvention garantiert. Die Haupteinnahme bezog das Orchester bisher regelmäßig aus dem Stadttheater, wo es den Winter über unter Leitung besonderer, vom Theaterdirektor angestellter Opernkapellmeister dauernde Beschäftigung fand. Der Stadtmusikdirektor selbst war als Leiter im Theater nicht verwendbar. Will er sich nicht selbst im Orchester als ausführender Musiker nützlich machen, wie es andere hiesige Musikdirektoren wiederholt gethan haben, so geht er während der langen Theatersaison beinahe sieben volle Monate spazieren, während sich seine Leute für durchschnittlich 100 M. im Monat zehn bis fünfzehn Stunden täglich abrackern. Nur hin und wieder veranstaltet er unter seiner Leitung im Winter ein Orchesterkonzert; an verschiedenen theaterfreien Abenden verleiht der Stadtmusikdirektor sein Orchester an die hiesigen größeren Chorinstitute, wo es wiederum nicht von ihm selbst, sondern von den Herren Reubke, Voretzsch, Zehler, Hache rc. dirigiert wird. Für den gegenwärtigen Stadtmusikdirektor sind nun insofern kritische Tage hereingebrochen, als sich der Theaterdirektor Richards eine eigene Theaterkapelle von 40 Mann engagiert hat, was jedenfalls für sein Kunstinstitut von größtem Vorteil ist. Herr Richards hätte das Friedemannsche Stadtorchester um monatlich 500 M. billiger haben können, aber er zog die Bildung eines eigenen Orchesters vor. Nachdem nun das Friedemannsche Orchester für das hiesige Theater auf längere Zeit nicht mehr in Betracht kommt, so fragt man sich, mit welchem Recht zahlt die Stadt jährlich 2000 M. an Herrn Friedemann? Es steht außer Zweifel, daß letzterer ohne das Theater eine leistungsfähige Kapelle nicht bezahlen kann. Um gediegene Symphoniekonzerte geben zu können, braucht er mindestens 30—35 Musiker; für jeden nur durchschnittlich 100 Mark Monatshonorar berechnet, hat Hr. F. monatlich etwa 3500 M. Gage zu zahlen. Die Ausgaben für Noten und seinen eigenen Unterhalt eingeschlossen. Wie und wo soll das in Halle verdient werden? Außer den wenigen Konzerten, die erfahrungsgemäß nicht einmal viel einbringen, ist Herr Friedemann mit seinen Leuten im Winter auf Vereins und Tanzmusiken angewiesen. Aber um Tanzmusiken zu machen, zahlt die Stadt keine Zuschüsse. Auf diesem Gebiete leisten die Herren Henschel, Thieme und Engelmann ohne städtische Subvention ganz Vorzügliches. Im Sommer steht sogar die Walhallakapelle 6 Wochen zur Verfügung. Durch das Fehlen eines subventionierten Stadtorchesters würde also im Musikleben unserer Stadt durchaus keine Lücke entstehen. Für die hiesigen großen Chorinstitute (Singakademie, Lehrergesangverein rc.) steht die Wiegertsche Militärkapelle sowie sogar an opernfreien Abenden die Richardssche Theaterkapelle zur Verfügung. Bei den Universitätsfesten (Rektorwahl rc.) ist überhaupt in den letzten Jahren die jetzt bedeutend verstärkte Henschelsche Kapelle herangezogen worden. Auch an Winter Orchesterkonzerten im größern Stile ist hier kein Mangel. Hr. Winderstein aus Leipzig befriedigt selbst die verwöhntesten Ansprüche. An Sonnabenden ist die Richardssche Theaterkapelle auch zukünftig fast immer disponibel; sie würde im Verein mit der Wiegertschen Kapelle Orchesterkonzerte zu veranstalten in der Lage sein, die musikalische Ereignisse für Halle sind. Man verpflichte nur städtischerseits zukünftig den Theaterleiter, die von ihm engagierte Theaterkapelle zu 4 bis 6 öffentlichen Konzerten im Winter zur Disposition zu stellen. Es würde nun noch die Frage entstehen, was im Sommer aus den 19 jetzt im Theater engagierten Musikern wird, die meist hier wohnende Familienväter sind und seit vielen Jahren dem hiesigen Stadtorchester angehörten. Wir meinen, sie würden unter Zuziehung hiesiger einheimischer Musiker sehr wohl im stande sein, die Sommerkonzerte in Wittekind rc. unter Leitung eines von ihnen erwählten Konzertmeisters auszuführen. Das wäre das „Hallesche Orchester“ ohne Subvention! Die flüssig werdenden 2000 Mark können zu anderen Zwecken vorteilhafter verwendet werden.

* **Kirchenkollekten.** Daß bei uns zu Lande die Kirchenkollekten für „kirchliche“ Zwecke benutzt werden, gilt wohl für selbstverständlich. In dem „wilden“ Lande Schweiz, wo Kirche und Staat übrigens ganz getrennt sind, ist das anders. Die diesjährigen Bettagskollekten werden dort den am 20. Juli durch ein verheerendes Hagelwetter schwer geschädigten Eidgenossen im Kanton Zürich zugewendet.

* **In die hiesige Klinik wurden aufgenommen:** der Tischler A. Hermann aus Erfurt (Bruch einer Rippe und des linken Fußknöchels beim Verladen von Möbeln). — Die 5jährige Martha Schlegel (Oberarmbruch infolge Fallens auf der Straße). — Der Schüler Fritz Sengewald (schwere Verletzung des Auges durch eine Stahlfeder). — Der 71jährige Ackerbürger Gotth. Sietzsch aus Bitterfeld (Bruch des Fußknöchels und des Unterarmes; er war von seinem Ochsengespann eine Strecke weit fortgeschleift worden).

* **Die dramatische Abteilung** des Arbeiter-Bildungs-Vereins veranstaltete gestern abend im Neuen Theater eine Aufführung des fünfaktigen dramatischen Zukunftsbildes Krieg dem Kriege. Noch keine Theateraufführung der strebsamen Abteilung hat sich so starken Zuspruchs zu erfreuen gehabt, wie die gestrige. Das Stück ist ungemein inhaltreich und muß bei gutem Spiele einen sehr nachhaltigen Eindruck auf alle Zuhörer hinterlassen. Das konnte gestern nur zum Teile erreicht werden, weil nicht alle mitwirkenden Kräfte ihrer Aufgabe gewachsen waren, weder in der Geste, noch in der Aussprache, noch auch in der Memorierung. Es ist ein Beweis von dem hohen Ziele, das sich die Abteilung gesteckt, wenn sie an die Aufführung eines Fünfakters geht. Aber der gute Wille allein thut es nicht. Es gehört zur Darstellung solcher Rollen wie der des Grafen Oderberg, der Minister, des Bürgers und der Bürgerin ein Maß von schauspielerischer Gewandtheit, die beim besten Willen und bei guter Anlage nur nach langer Uebung erreicht werden kann. Was Goethe einst sagte, daß nämlich für Kinder das Beste gerade gut genug sei, das gilt auch von den Theateraufführungen. Soll ein Drama den erziehlichen und veredelnden Einfluß ausüben, dann ist die beste Aufführung gerade nur gut genug, das heißt: es kann nie zu gut gespielt werden. Es soll ohne weiteres anerkannt werden, daß mehrere Rollen wie die des jungen Grafen Ador, der Pater Aurelian, der Wucherer Wolf, der Dorfpfarrer und seine Frau und der Bursche Karl recht leidlich gespielt wurden. Aber selbst die Hauptrolle des jungen Grafen Oskar konnte in den letzten Akten nicht mehr befriedigen, so sympathisch das erste Auftreten auch war. Die Rolle war eben zu umfangreich. Die prächtige Ansprache Oskars an die sich streitenden Arbeiter, die Erzählung des Gleichnisses von dem gebundenen Wolfe konnten bei weitem nicht den Eindruck machen, die der Autor von ihnen erwartet. Störend war auch, daß der Souffleur bis in die Mitte des Saales vernommen wurde. Das alles sind Mißlichkeiten, die vermieden werden müssen und vermieden werden können, wenn die Abteilung ihren Kräften entsprechend ein Stück zur Aufführung bringt. Und weil wir die Strebsamkeit der dramatischen Abteilung anerkennen und Experimente vermieden werden müssen, die vom geraden Wege der natürlichen Kräfteentfaltung ablenken, deshalb haben wir es für unsere Pflicht gehalten, an die gestrige Aufführung einen strengeren Maßstab in der Kritik zu legen, als an andre dilettantische Leistungen. Erst wäge, dann wage. Der Kunst darf keine Gewalt angethan werden, und der gute Wille allein macht das Können und Gelingen nicht aus.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Am Dienstag geht Beethoven's Meisterwerk, die Oper „Fidelio“ in Szene. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Grimm, die Titelpartie singt Elisabeth Grundmann Roediger. Ganz besonders sei darauf hingewiesen, daß nach der Kerkerverwandlung die große Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 gespielt werden wird. Am Mittwoch gelangt Schönthan-Kadelburgs Lustspiel „Goldfische“ zur Aufführung.

Zeitz. Die Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft bestand Ende 1896 25 Jahre lang. Sie hat in dieser Zeit 2946000 M. an Dividende verteilt, also fast 3 Millionen, während auf wirkliche Arbeitslöhne etwa 8 Millionen verwendet wurden. Also je 2—3 Arbeiter mußten einen Aktionär füttern, und das nicht schlecht. Der Gewinn des letzten Geschäftsjahres betrug **388281 M.** Jeder der rund 750 Arbeiter hat also reichlich fünfhundert Mark Ueberschuß erarbeitet. Anders ausgedrückt: Seine Arbeit ist 500 M. mehr wert gewesen als was er bekommen hat. Zur Verteilung gelangt eine Dividende von **20** Prozent. Die früheren Dividendenschätzungen waren noch zu niedrig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621897O921-17/fragment/page=0003

Torgau. Am Donnerstag kam es in der Stadtv.-Sitzung zu einer Aussprache darüber, daß der Landrat Siepert aus Uslar seiner Zeit eine günstige Auskunft über den Rechtsanwalt Girth gegeben hatte, der sich mit um den hiesigen Bürgermeisterposten beworben hatte. Auf Grund der Siepertschen Empfehlung wurde Girth angestellt. Siepert erklärt jetzt, er habe erst nachträglich Genaueres über Girths Verhältnisse erfahren. . . Große Entrüstung erregte bei den würdigen Stadtvätern die weitere Mitteilung, daß sich Girth entschieden geweigert hat, der Forderung des Magistrats zu entsprechen und sein Amt als Bürgermeister unter Aufgabe aller Anrechte auf Gehalt und Pension niederzulegen. Auch hat Girth erklärt, daß von den bei der Torgauer Bank deponierten 7000 M. nur 1500 M. städtisches Eigentum wären, der Rest von 5500 M. sei Geld aus der Philippschen und Helwigschen Konkursmasse. Weitere Nachforschungen über den Verbleib der unterschlagenen 22 400 M haben ergeben, daß Girth 3000 M. auf sein Privatpostbuch an auswärtige Gläubiger abgeschickt, 2000 M. zur Deckung von Schulden in Torgau 4700 M. zur Auslösung eines ihm nicht gehörigen Hypothekenbriefes, 7000 M. zur Deckung von Wechselschulden in Berlin und endlich 5000 M. zur Bezahlung von Spiel- und anderen Schulden verwendet habe. — Die Stadtverordneten beschlossen, nachdem sie genügsam ihrer moralischen Entrüstung Ausdruck gegeben hatten, bei der Regierung das Disziplinarverfahren gegen Girth zu beantragen. Wer hätte das gedacht! Ein so großer Patriot, ein so begeisterter Verfechter von Sitte, Ordnung und Religion und doch so ein Lumpazius! Schauderbar. — Gewiß! Aber nur für den, der nicht weiß, daß naturgemäß die moralischen Lumpen die einträgliche und billige Marke des Patriotismus und der Ordnungsbrüderlichkeit umhängen, um die Philister um so leichter düpieren zu können.

Magdeburg. Wenn zwei dasselbe thun, dann ist es nicht dasselbe. Der hiesige teutsch-soziale Reformverein hat am Donnerstag eine Vereinsversammlung abgehalten, in der nach einer hiesigen Zeitung Redakteur Kreutz als Delegierter für den in Aschersleben stattfindenden Parteitag der Antisemiten bestimmt wurde. Der Parteitag setzt sich zusammen aus Delegierten der antisemitischen Vereine. Diese Vereine treten in ungesetzlicher Weise mit einander in Verbindung. Wird die Schließung und Auflösung derselben erfolgen. Bisher sind hier in Magdeburg dutzendweise Vereine, in denen sich Mitglieder sozialdemokratischer Gesinnung befanden, aufgelöst worden wegen Verstoßes gegen § 8 des Vereinsgesetzes.

Kleine Chronik.

Arbeiter-Risiko. In Gotha brach das Gerüst am Hoftheater und die Tüncher Kallenbach und Wolf stürzten herab. Ersterer ist tot. Letzterer kam mit einem Bein- und einem Kniescheibenbruch davon. — Bei Koburg wurden dem Rangierarbeiter Raimund vom Sonneburger Zug beide Beide abgefahren. — Der neulich in der Zuckerfabrik Glanzig (Köthen) verunglückte siebzigjährige (!) Arbeiter Harras ist nunmehr seinen Verletzungen erlegen.

Ein großes Schadenfeuer wird von Staßfurt gemeldet, wo das Vorratsmagazin der chemischen Fabrik Sütze niederbrannte.

Erhängt hat sich in: Eisleben der Handlungsgehilfe Auer — Zerbst der 85jährige Hospitalit Stein.

Erschossen hat sich in: Weißenfels der Almosenempfänger Herbst im dortigen Asyl — Schkeuditz der Kaufmann Ohme nach mehrfachen Unterschlagungen.

Stadttheater.

△ Die drei Eröffnungsvorstellungen Tannhäuser, Martha, Wintermärchen am Sonnabend und Sonntag, waren wohl dazu angethan, zu zeigen, wieweit etwa das Können der Direktion, der Regie und des Personals geht, so daß wir jetzt schon zu übersehen vermögen, was und wie viel sie uns im Laufe der Spielzeit bieten werden: auch weitgehendere Erwartungen sind sicher erfüllt worden. Glänzende Dekorationen, prachtvolle Gewänder, tüchtige Sängerinnen und Sänger, ein wundervolles, vorzüglich geleitetes, markiges Orchester, wohlgeschulte Chöre, eine beträchtliche Zahl gewandter kunstsinniger Schauspielerinnen und Schauspieler, anmutige Tänzerinnen, . . . kurz alles, was erforderlich ist, um den verschiedenen Geschmacksrichtungen und den verschiedenen Graden des Kunstverständnisses vollauf Genüge zu thun.

Tannhäuser, der Gipfel von Wagners vormärzlichem Schaffen, in Gefüge, Ausbau und Einzelwerk noch völlig zurückreichend in die alte Oper, ist ein scharfer Prüfstein für Orchester, Gesang und Spiel. Die Vorstellung war orchestral eine vollendete, im übrigen sehr tüchtig und fast tadellos. Direktor und Kapellmeister, sowie die Hauptdarsteller verdienten die stürmischen Hervorrufe. Ich sage „fast“, denn von kleinen Unebenheiten, wie sie bei einem solchen pandämonischen Kunstwerk überall vorkommen, abgesehen, brachte der Pilgerchor aus Rom einen falschen Einsatz mit, den er dem erstaunten Orchester gegenüber mit mehr Erfolg als Recht verteidigte.

Martha gehört mit Recht seit nunmehr fast fünfzig Jahren zum Bestande der komischen deutschen Oper, ja, sie ist im Ausland fast ebenso geschätzt und beliebt, was viel sagen will, wenn man erwägt, daß diese stillose Oper jeder Gefühlstiefe enträt, in keinem Solosatz über das Durchschnittsmaß üblicher Kapellmeisterarbeit hinausgeht, und nur durch treffliche und gefällige Ensembles sich auszeichnet. Die Stillosigkeit gilt hier gerade für kosmopolitisch. Das Liebäugeln mit gallischer Geckenhaftigkeit und welscher Süßlichkeit, in Wirklichkeit ein Gebrechen, wird hier zum Vorzug. Was Martha auf der Bühne hält, ist ihr verständiges, trotz hyperromantischer Thorheiten immer wieder praktisches Libretto, an dem ja auch ein französischer, ein englischer und ein deutscher Schreiber mithalf. Der volkstümliche Text kommt ihr noch mehr als Tannhäuser zu statten. Die Aufführung, die doch völlig andere Kräfte ins Feld führte als Tannhäuser, war tadellos.

Und Shakespeares Wintermärchen führte die entzückt glänzenden Blickes lauschende, staunende Zuhörerschaft bis in die späte Nachtstunde (es war gegen 11½ Uhr!) in das Reich der Phantasie, dem alles, Kunst und Wissen, entsprossen, und in das sich alle, glücklich Genießende, wie enterbte, entrechtete Arme und Elende mit nämlichem Erfolge flüchten: versöhnt der kalten Wirklichkeit wiedergegeben zu werden. Welche Fülle wunderschöner Dekorationen und harmonischer Szenenwechsel, welch prächtige Gewandungen, verschiedenartige Beleuchtungen, Gruppierungen, vielstimmige Gespräche, bald rührend lauschige, bald tief erschütternde, bald derb komische Einzelreden! Und alles, wenn nicht tadellos, so doch ungemein geschickt, sinnig und stets gut gemeint und gut gedacht.

Nach diesen drei Proben sehen wir äußerst genußreichen Winterabenden entgegen.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 17. September.

Die gegen Ende August in hiesigen Zeitungen gebrachte Mitteilung über das schwindelhafte Treiben eines Agenten Martin, der einer 81 Jahre alten Witwe 1000 M. abzulocken gewußt, dann aber mit seiner Beute das Weite gesucht hatte, kam in der Sache des Agenten Georg Bocksch aus Berlin zur Erörterung. Bocksch war angeklagt wegen Hehlerei. Er ist 28 Jahre alt und bisher noch unbestraft. Die Hehlerei sollte darin bestanden haben, daß er am 14. August vom Agenten Martin 100 M. als Geschenk angenommen, obwohl er wußte oder den Umständen nach habe annehmen müssen, daß jenes Geld aus unredlichem Erwerb herrührte. Letzteres wurde vom Angeklagten bestritten. Er gab an, Martin sei für die Berliner Volksversicherungs-Gesellschaft „Victoria“ thätig gewesen und er, Bocksch, habe ihn kontrollieren sollen. Bei ihrem Zusammentreffen habe Martin ihm erzählt, selbiger habe hier eine wohlhabende Großmutter, die ihn unterstützen wolle. Beim Bankier Lehmann hatte die angebliche Großmutter (Witwe Marie Wegner geb. Fischer) mit Martin ihr 7000 M. betragendes Depot abgehoben und dies Geld auf Martins Zureden auf hiesiger städtischer Sparkasse einzahlen lassen wollen, wozu Martin erbötig gewesen. Dieser hatte aber nur 3000 M. eingezahlt und der Frau Wegner 3000 M. zurückgebracht mit dem Bemerken, an einem Tage würden nur 3000 M. auf einmal angenommen. Daß er 1000 M. zurückbehalten, verschwieg er der Frau, die seltsamerweise auch keinen Argwohn faßte und erst einige Tage später hinter den ihr gespielten Streich kam. Sie war eben zu vertrauensvoll gewesen und hatte sich durch die gewandten Manieren des Martin bethören lassen, dessen Versicherungen zu glauben, er sei in der Lage, ihr eine Stelle im Riebeckstift zu verschaffen. Beim Aufsetzen eines Gesuchs am Schreibsekretär der Frau W. hatte Martin Gelegenheit gefunden, mehrere Goldsachen zu entwenden, worauf er mit seiner Beute abgezogen. Bocksch gab noch an, Martin habe gesagt seine Großmutter habe ihm 300 M. geschenkt. Früher sei er, Bocksch, dem Martin behilflich gewesen und dafür habe dieser sich revanchieren wollen mit einem Geschenk, indem er ihm 60 M. gegeben und eine Uhr gekauft habe. Hiervon sind bei Bocksch, als dieser verhaftet wurde, noch 25 M. vorgefunden nebst der Uhr. Dies ist alles, was Frau W. von erwähnten 1000 M. zurückerhalten hat. Wo Martin steckt, weiß man noch nicht. Bocksch wurde freigesprochen, da nicht erwiesen, daß er vom unrechtmäßigen Erwerb erwähnten Geldes etwas gewußt oder aus den Umständen den unrechtmäßigen Erwerb seitens Martins hätte annehmen müssen.

Vermischtes.

* **Auch im republikanischen Frankreich** lassen sich übereifrige Staatsanwälte zu lächerlichen Mißgriffen hinreißen. So wurde dieser Tage der Marquis des Farges verhaftet, weil er den Musikern der Schiffskapelle des Touristendampfers Gazelle, als diese die Marseillaise spielten, entrüstet zurief: „Hört mit diesem Schandzeug auf! Meine Ahnen sind unter den Klängen der Marseillaise zum Schaffot geführt worden.“ Auf Weisung der Staatsanwaltschaft wurde der Marquis nach dem Gefängnis Pont l'Eveque gebracht.

* **Schiffsuntergang.** An der schottischen Küste ist am Freitag das Schiff Anona nach Zusammenstoß mit dem Eber untergegangen. Der Koch, der Stevard und ein Matrose ertranken.

* **Auf der Wolga** (Rußland) stießen zwei große Dampfer zusammen. Der eine sank, vierzig Personen ertranken.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Halbheit der Nationalsozialen geht wieder einmal daraus hervor, daß Herr Naumann seinen Anhängern empfiehlt, ihre Freundschaft nach Eingehen der Zeit den billigen Generalanzeigern oder der antisemitischen Täglichen Rundschau zuzuwenden.

Berlin. Schöne Aussichten. Das Verlangen, die Stadt solle einen Teil der Kirchenbaukosten tragen, wird bekanntlich gestützt auf eine Konsistorialverordnung von **1573**. Die Rechtsgiltigkeit dieses alten Umgetüms wurde vom Magistrat bestritten, doch ist sie vom Kultusminister bestätigt worden. Außerdem teilte das Konsistorium dem Magistrat mit, daß Berlin fast nur aus eigenen Mitteln noch etwa 20 Kirchen mit Pfarrhäusern zu bauen verpflichtet sei. Das ist starker Tabak!

Berlin. Die Explosion eines großen Dampfkessels hat in Rummelsburg eine ungewöhnliche Aufregung hervorgerufen. Explodiert ist, angeblich durch Fahrlässigkeit des Maschinenwärters, der Dampfkessel, der zur Erzeugung von Dampf für die Kühlanlage der Norddeutschen Eiswerke dient. Die Kühlanlage ist durch die Explosion stark beschädigt, ebenso die Maschinenanlage am See. Teile davon sind hoch in die Luft, teils in den Rummelsburger See, teils auf den Hof der Eiswerke geflogen. Verletzt sind der Schlosser Ostheimer und der Maschinenwärter Schwarz. Die beiden Verletzten, zwei unverheiratete, schon länger auf den Eiswerken thätige, mit den Maschinen vertraute Männer, sind auf ärztliche Anordnung nach dem städtischen Krankenhause am Friedrichshain geschafft worden. Der Betrieb der Eiswerke erleidet durch die Explosion keinerlei Störung.

Gießen. Auf der Jagd schoß versehentlich beim Laden der Schornsteinfegermeister Nebel seinem Jagdgenossen Metzgermeister Schmall eine schwere Schrotladung auf fünf Schritte Entfernung in den Unterleib. Schmall ist lebensgefährlich verletzt.

Geldern. Auch eine Lustbarkeit. Eine Firma hatte in Kevelar ein Rundgemälde, die Kreuzigung Christi darstellend, gegen Entgelt ausgestellt und war daher zu 50 Mk. Lustbarkeitssteuer für den Tag veranlagt worden. Die Firma bestritt, daß hier eine Lustbarkeit vorliege und beschritt den Klageweg. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage der Firma als unbegründet ab, indem es in der Ausstellung des Gemäldes in der That die Veranstaltung einer Lustbarkeit erblickte.

Freising. Durch den von Landshut kommenden Schnellzug wurden am Bahnübergang die Frau eines Bahnarbeiters, ihr 3jähriges Töchterchen und eine 57jährige Frau überfahren und sofort getötet.

Briefkasten der Redaktion.

R. B. Ein Satz mußte gestrichen und der Schlußsatz nach Lage der Sache geändert werden. Im übrigen sind wir mit dem Gesagten vollständig einverstanden.

Osterfeld. Ja, das ist zulässig. Dafür braucht die Frau aber auch nach Ablauf der Meldefrist nicht mehr irgend welche Ansprüche an die Kaution als berechtigt anzuerkennen.

Bitterfeld. Sie sind ja fabelhaft gutmütig, daß Sie sich das haben ein ganzes Jahr lang gefallen lassen. Ziehen Sie sofort aus; Anrecht auf Entschädigung hat der Hauswirt in diesem Fall nicht.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 17. September.

Aufgeboten: Der Brauereiarbeiter Engert und Auguste Bergmann (Zenkerstraße 15 und Mertendorf). Der Schneider Otto Mennicke und Lina Sachse (Merseburgerstr. 4 und große Klausstraße 14). Der Premier-Leutnant a. D. Hans Zimmermann und Helene Lüttich (Naumburg und Lafontainestraße 10). Der Dekorateur Ziegner und Rosine Riemer (Schülershof 10 und Graseweg 1). Der Eisendreher Wagner und Friederike Meinhardt (Streiberstraße 34 und Beesenerstraße 20). Der Bureauvorsteher Schmidt und Anna Meisick (Dorotheenstraße 16 und Lindenstraße 62). Der Redakteur Hugo Gerlach und Jenny Falcke (Halle a. S.). Der Schriftsetzer Franz Schulze und Marie Martin (Lerchenfeldstraße 4 und Friesenstraße 13). Der Lehrer Zenker und Martha Thieme (Böllbergerweg 9 und Kemberg). Der Magistrats-Bureau-Diätar Hugo Sorger und Anna Frauendorf (Halle a. S. und Merseburg). Der Bahnarbeiter Körner und Dorothee Klaus (Halle a. S. und Badersleben).

Geboren: Dem Restaurateur Hecklau ein S., (alter Markt 32). Dem Stations-Assistenten Bartling ein S. (Friesenstraße 21). Dem Kaufmann Heinze eine T. (Mansfelderstraße 7). Dem Klempner Engeling ein S. (Harz 29). Dem Kaufmann Corte eine T. (Magdeburgerstraße 43). Dem Fabrikarbeiter Mahnhardt eine T. (Feldstraße 7). Dem Pferdeknecht Winkler eine T. (Schwoitsch). Dem Handarbeiter Wilhelm ein S. (Thomasiusstraße 4). Dem Klempner Schweizer eine T. (Wuchererstraße 45). Dem Portier Pollack eine T. (Schmiedstraße 33). Dem Hilfsweichensteller Renneberg ein S. (Raffineriestraße 3). Dem Kellner Altmann eine T. (Forsterstraße 38).

Gestorben: Ida Werth, 27 J. (Moritzkirchhof 6). Die Witwe Ottilie Kinkel geb. Wer, 65 J. (Magdeburgerstraße 36). Des Malzgehilfen Schmelzer T., 5 J. Des Handarbeiter Stein T., 6 M. (Schillerstraße 44). Die Witwe Marie Franke geb. Hoppe, 64 J. (Elisabethhaus). Des Handarbeiter Wilhelm S., totgeb. (Thomasiusstraße 4). Der Restaurateur Edel, 42 J. (Kaiserstraße 1). Des Schlosser Grieger S., 1 Jahr (Taubenstraße 4).

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Voerkel in Halle

Fachverein der Maurer

von Halle und Umgegend.

Dienstag den 21. September abends 8½ Uhr in der Moritzburg

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Schutz der Bauarbeiter. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Halle.

Dienstag den 21. Sept. abends 8½ Uhr in Faulmanns Lokal, Gartenstraße 7.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorlesung des Statuts der Orts-Krankenkasse. 2. Sommerfest. 3 Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Geschäfts-Verlegung.

Mein Schuhwaren-Lager befindet sich jetzt **am Markt** im Hause des Herrn Konditor **Billhardt.**

Bestellungen nach Maß. **Reparaturen schnell u. billigst.**

Hermann Burkhardt, Hohenmölsen.

Gänzlicher Ausverkauf.

Glas-, Porzellan und Steingut jeder Art verkaufe fortwährend zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. Andrä, gr. Märkerstr. 21.

Meine

Roßschlächterei

befindet sich nur **Langestr. 21.**

Alles übrige wie bekannt.

Arthur Möbius, Roßschlächter.

Selbstgef. Kleiderschr. f. 24 M, Vertikow, Bettst., Kommode, Tische, Stühle, Sofas, bill. b. **K. Bieler,** Tischlermstr., Geiststr. 3.

C. Hammer, Uhrmacher, Leipzigerstraße 42.

Taschenuhren, Nickel 5, 6, 8 und 10 Mark.

Zylinder Remontoir Goldrand 10, 12, 14 und 16 Mark.

Regulateure, 14 Tage gehend, 12, 14, 16 u. 18 M.

Wecker 2,50 Mark.

Reelle Garantie.

Versand gegen Nachnahme.

Medaillon verloren. Gegen Belohnung abzugeben Streiberstr. 31, im Laden.

Schlafstelle offen. **Blücherstr. 6,** Hof, 2 Treppen.

1. Halle-Giebichensteiner Bandonion-Klub.

Morgen Dienstag in Ehrhardts Restaurant

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Dienstag den 21. September.

4. Vorst. 4. Abonn.-Vorstellung. Farbe gelb.

Fidelio.

Oper in 2 Aufz. von L. v. Beethoven.

Personen:

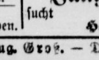
Don Fernando, Minister Joseph Fanta.
Don Pizarro, Gouver. L. Dingeldey.
Florestan, e. Gefangener A. Stritt a. G.
Leonore seine Gattin unt. dem Namen „Fidelio“ E. Grundmann-Roediger.
Rocco, Kerkermeister C. Brandes.
Marzelline, seine Tochter M. Koch.
Jaquino, Pförtner G. Förster.
1. Gefangener J. Hildebrandt.
2. Theo Raven.
Offiziere, Soldaten, Staatsgefangene, Volk.

Mittwoch den 22. Sept.

5. Vorst. 5. Abonnements-Vorst. Farbe: **weiß.**

Goldfische.

Lustspiel in 4 Akten von F. v. Schönthan und G. Kadelburg.



Dienstag **Schlachte-Fest. Rüdiger,** Parkstraße 14.

Jungen Schreiber sucht **Rich. Pfeiffer, Halle a. S.,** Nikolaistr. 6.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Neuer Spielplan!

Die Gesellschaft **French,** exzentrische Bravour-Rollschuhläufer. — Die Gebruder **Latouré** mit ihrem komischen Zwergtheater. — Mr. **Hasson** und Miß **Jenny,** Bravour-Equilibristen auf der hochrollenden Kugel. — Die Geschwister **Franchetti,** Kunst-Radfahrer. — Das **Griffith-Reade-Trio,** exzentrische Burlesk-Komödianten. — Hr. **Mueller-Lipart,** musikalischer Verwandlungskünstler. — Fräulein **Elsa Schroettel,** sächsische Humoristin. — Herr **Jean Bayer,** Original-Gesangs-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Otto Knoll's Herren-Garderobe befindet sich vom 1. Oktober oberhalb des Turmes **Leipzigerstrasse 36.**

Klavier-Unterricht f. Erwachs. u. Kinder i. kurz. Zeit, leicht, bei tücht. Lehrer (Einzelunterr.! Woche 2mal) à 40 Pf. Anm. jederz. unter X. X. Exp. d. Ztg.

50 Erdarbeiter auf Tag- u. Nachtschicht werden angenommen **Pfeiffer,** Maurermstr., Robert Frz.-str.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben unvergeßlichen Sohnes, Bruders und Schwagers **Wilhelm Fechtel** sagen wir allen, die seinen Sarg so überaus reichlich mit Blumen und Kränzen schmückten unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Superintendent Bethge f. die herzl. gemeinten Trostworte, sowie allen seinen lieben Kollegen und deren, welche ihn zu seiner letzt. Ruhestätte begleiteten. Möge jeder vor ähnlichem Schicksal behütet sein.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Engros. Engros.

Gebr. Buttermilch

Halle a. S. empfehlen als **billigste** Bezugsquelle für

Wiederverkäufer:

Bürstenwaren
Scheuertücher
Gummisauger
Milchflaschen
Zylinder
Putzpomade
Haarpomade
Seifen
Zündhölzer

sowie sämtl. **Nebenartikel** für **Kolonialwarenhandlungen.**

Spezialität: Vollständige Einrichtung neuer **Kurz- Spielwaren- und Bazar-Geschäfte in wenigen Tagen.**

Geschäftshaus: Landwehrstr. 9 nahe am Bahnhof.

ff. Sauerkraut, per Pfund 10 Pf., empfiehlt **W. Dudenbostel,** Breite- und Laurentiusstr.-Ecke.

Frdl. Schlafst. z. v. Giebichst. Adolfstr. 4.

Arme Frau Portemonnaie mit 15 M. Konsummarken u. Schlüssel v. Thomasiusstraße 4 — 44 verl., abzg. Thomasiusstr. 4, I.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970921-17/fragment/page=0004